

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2024-0.018.070

. März 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Herr, Genossinnen und Genossen haben am 8. Jänner 2024 unter der **Nr. 17476/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend ausständige Umsetzung des Importverbots von Haiprodukten gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1, 4 und 5:

- *Wie weit ist die interne Abstimmung in Ihrem Ministerium im Hinblick auf eine Verordnung gem. § 2 Abs. 1 Z 2 Artenhandelsgesetz 2009?*
 - a. *Gibt es bereits ein Ergebnis dieses Prozesses?*
 - i. *Wenn nein, warum nicht bzw. bis wann ist mit Abschluss dieses Prozesses zu rechnen?*
- *Gab bzw. gibt es zum Inhalt des Entschließungsantrags Gespräche bzw. Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung?*
 - a. *Mit welchen Ministerien?*
- *Wie erfolgt die Abstimmung mit dem für Fischerei-Angelegenheiten zuständigen Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft?*

Die Verordnung befindet sich seit 22.12.2023 in Begutachtung und wurde im Rahmen der regierungsinternen Koordinierung mit den betroffenen Ressorts abgestimmt. Dieser Verordnungsentwurf kann unter nachstehendem Link eingesehen werden:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Begut&Dokumentnummer=BEGUT_121518A8_F52B_4AAD_9B02_D40177BC4B09

Die Begutachtungsfrist endete am 16.02.2023.

Zu Frage 2:

- *Kommt eine solche Verordnung in der Wirkung dem im Entschließungsantrag geforderten Verbot kommerzieller Hai-Produkte gleich?*

Die ergänzenden, strengeren nationalen Maßnahmen sollen einen effektiveren Artenschutz von bestimmten Haiarten (der Ordnungen Carcharhiniformes und Lamniformes) durch strengere Maßstäbe im Verfahren zur Erledigung von CITES-Anträgen und Kontrollen erfolgen.

Die Haiarten (Carcharhiniformes und Lamniformes), die in den Anhängen B, C oder D der Verordnung (EG) Nr. 338/97 angeführt sind, werden zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Republik Österreich wie Exemplare behandelt, die in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97 angeführt sind.

Zu Frage 3:

- *Wurden andere europarechtskonforme Regelungen geprüft?*
 - a. *Wenn ja, welche und warum wurden bzw. werden diese nicht weiterverfolgt?*

Die potentielle Änderung von EU-Verordnungen würde – aufgrund des komplizierten legislativen Prozesses und der notwendigen Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten – längere Zeit in Anspruch nehmen. Uns war es aber wichtig, sofort und rasch notwendige Schritte zu setzen.

Zu Frage 6:

- *Ist Ihnen bekannt ob es auf EU-Ebene bereits Gespräche, betreffend der Einführung einer umfassenden Herkunfts- und Fischerei-Kennzeichnung aller Meeresfische und Meeresfrüchte seitens politischer Vertreter:innen Österreich gab?*
 - a. *Wenn ja, wann und in welchem Rahmen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
 - c. *Wenn nein, warum hat die Bundesregierung vor, dieses Thema auf EU-Ebene zu besprechen?*

Die Kennzeichnung liegt in der Zuständigkeit des BML. Die Anfrage wäre an das BML zu richten.

Zu Frage 7:

- *Sind Sie oder andere Mitglieder der Bundesregierung zu diesem Thema im Austausch mit anderen EU-Staaten?*

Mein Ministerium hat im Rahmen der EU-Expert:innengruppe der zuständigen CITES-Vollzugsbehörden über den Entschließungsantrag informiert und hat zusammen mit dem deutschen BMUV ein Diskussionspapier zur Umsetzung der Hai-Listungen in der EU in dieser Expert:innengruppe eingebracht.

Zu Frage 8:

- *Ist Ihnen bekannt, ob es ähnliche Regelungen anderer EU-Staaten gibt, die für Österreich anwendbar wären?*

Dazu hat mein Ministerium keinen Kenntnisstand.

Leonore Gewessler, BA

